

Pressemitteilung zum Welttag des Flüchtlings 2021

„Wir brauchen einen Aktionsplan für Geflüchtete!“

Schutzsuchende besonders von Coronapandemie betroffen

Wieder einmal ein neuer, trauriger Rekord: Knapp 82,4 Millionen Menschen mussten weltweit aufgrund von Krieg, Verfolgung, Hunger, Vertreibung oder anderer existenzbedrohender Nöte ihr Zuhause verlassen. Die drei größten Aufnahmeländer nach Angaben der UNO-Flüchtlingshilfe sind Türkei mit 3,4 Millionen, Kolumbien mit 1,8 Millionen und Pakistan mit 1,4 Millionen Flüchtlingen.¹

Einige, vergleichsweise wenige von ihnen haben es geschafft, nach Deutschland zu kommen und hier Schutz zu suchen. Doch besonders gut geht es vielen von ihnen nicht. In der aktuellen Pandemie wurden Geflüchtete weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, und die dort lebenden Menschen nicht nur hohen gesundheitlichen Risiken, sondern häufig auch äußerst belastenden Quarantänemaßnahmen ausgesetzt. Zudem sind geflüchtete Menschen besonders oft von pandemiebedingten Jobverlusten betroffen, Integrationsangebote wie Sprachkurse wurden unterbrochen und Kinder von Geflüchteten erfuhren massive Bildungsnachteile. In einer ohnehin schon prekären Lebenssituation sind die Nöte der Jüngsten noch einmal zusätzlich gewachsen.

„Daher ist es ein nettes Zeichen, wenn Innenminister Herbert Reul für den 20. Juni in Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung Beflaggung im ganzen Land anordnet,“ erklärt Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW. „Was wir aber dringender brauchen, ist eine politische Neuausrichtung im Umgang mit Schutzsuchenden, die die Bedürfnisse der Geflüchteten stärker in den Fokus rückt. Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern, ist zudem ein Aktionsplan notwendig, sowie ein Hilfspaket für geflüchtete Kinder. Hier ist vor allem Flüchtlings- und Integrationsminister Dr. Joachim Stamp gefragt.“

Zudem haben Minister Reul und Minister Stamp im Rahmen der Frühjahrskonferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, welche derzeit stattfindet, die Möglichkeit, im Sinne der Geflüchteten einzuwirken. Zahlreiche Kirchenvertreter*innen, Flüchtlingsräte, Pro Asyl und weitere NGOs appellieren an die Politiker*innen, nicht in die Bürgerkriegsländer Syrien und Afghanistan abzuschieben und sich für eine Aufnahme weiterer Geflüchteter aus Griechenland einzusetzen. Der Landesintegrationsrat NRW unterstützt diese Forderungen. „Deutschland hat enormen Einfluss in Europa und kann sich auch im Alleingang für die Wahrung des Flüchtlingsschutzes einsetzen. Bis zum Sankt-Nimmerleinstag auf eine so genannte „europäische Lösung“ in Asylfragen zu warten, ist jedenfalls keine Antwort auf das Sterben im Mittelmeer und das Elend auf den griechischen Inseln,“ erklärt Keltek abschließend.

¹ Vgl. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen> abgerufen am 18.06.2021